

Paul Craig Roberts untersucht die Hintergründe und Auswirkungen der viel zu moderaten Herabstufung der US-Kreditwürdigkeit.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 132/11 – 17.08.11**

Was hat die von S&P vorgenommene Herabstufung der Kreditwürdigkeit der USA von AAA auf AA+ zu bedeuten?

Von Dr. Paul Craig Roberts

GLOBAL RESEARCH, 08.08.11

(<http://www.globalresearch.ca/index.php?context=va&aid=25941>)

Am Freitag, dem 5. August, hat die Ratingagentur Standard & Poor's / S&P die Kreditwürdigkeit der USA von AAA auf AA+ herabgestuft.

Gerald Celentes (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Gerald_Celente) Ansicht, dass die von S&P vorgenommenen Herabstufung der Kreditwürdigkeit des US-Finanzministeriums einen Vertrauensverlust für das politische System der USA widerspiegelt, wurde von der Ratingagentur selbst bestätigt. S&P begründete die Herabstufung mit erhöhten politischen Risiken und nicht mit wirtschaftlichen Problemen. Das Chicken Game (Erläuterung dazu unter <http://de.wikipedia.org/wiki/Feiglingsspiel>) um die Erhöhung der Verschuldungsgrenze und die Fähigkeit der Republikanischen Partei, Steuererhöhungen zu blockieren, hätten gezeigt, dass "die Regierungsform und die politischen Strukturen der USA weniger stabil, weniger wirksam und weniger vorhersagbar" geworden seien.

Die Herabstufung der Kreditwürdigkeit der US-Regierung von AAA auf AA+ ist aber nur eine kosmetische Korrektur. Sie wird weitere Investitionen in US-Staatsanleihen wenig beeinträchtigen und sich kaum auf die (dafür verlangten) Zinssätze auswirken. Es ist aufschlussreich, dass der Ausgabekurs für US-Staatsanleihen trotz der Herabstufung gestiegen ist. Gefallen sind nur die Aktien. Die Finanzpresse macht die Herabstufung der Sicherheit der Staatsanleihen für das Fallen der Aktienkurse verantwortlich. Die Aktien fallen jedoch, weil die Wirtschaftskraft gesunken ist. Zu viele Jobs wurden ins Ausland verlagert.

Die Zinssätze (für US-Staatsanleihen) könnten sogar weiter fallen, weil die Kapitalanleger wegen der hohen Staatsverschuldung (einiger Euro-Länder) aus dem Euro in (US-)Staatsanleihen umsteigen, weil sie vermehrt Aktien abstoßen, die noch weiter fallen werden, und weil die Banken für Bargeldkonten immer höhere Gebühren verlangen. Tatsächlich könnte die veränderte Geschäftspraxis der Banken eine absichtlich ergriffene Maßnahme sein, um Leute mit großen Bargeldreserven aus dem Bargeld in (US-)Staatsanleihen zu treiben. Japan hat eine noch geringere Kreditwürdigkeit als die USA und bezahlt trotzdem niedrigere Zinssätze.

Den USA stehen noch härtere Schläge bevor. Weil ihre Wirtschaft schwächelt und die Wirtschaftsaussichten düster sind, werden das Haushaltsdefizit und mit ihm die Staatsverschuldung weiter wachsen.

Die psychologische Wirkung der von S&P vorgenommenen Herabstufung wird wahrscheinlich größer sein als ihre Auswirkung auf die Wirtschaft. Viele werden die Herabstufung als Anzeichen dafür ansehen, dass die USA zu straucheln beginnen und ihr weiterer Niedergang nicht mehr aufzuhalten ist.

Es besteht keine Gefahr, dass die USA bei der Rückzahlung fälliger Staatsanleihen in Verzug geraten könnten. Die (US-)Staatsanleihen werden in US-Dollars gezeichnet, und Dollars können in unbegrenzter Anzahl "kreiert" werden (weil die Gelddruckmaschinen in den USA auf Hochtouren laufen). Außerdem ist das eigentliche Problem bei der Verschuldung nicht die derzeitige Höhe der Staatsverschuldung, die einen geringeren Prozentsatz des Bruttoinlandsproduktes als während des Zweiten Weltkriegs ausmacht; das eigentliche Problem ist das jährlich wachsende Haushaltsdefizit. Wenn die Aktien weiter fallen, die Flucht aus dem Euro anhält und hohe Bankgebühren die Leute aus dem Bargeld vertreiben, ist es möglich, dass das US-Finanzministerium das jährlich größer werdende Haushaltsdefizit noch eine Weile mit (den daraus resultierenden) Kapitalzuflüssen finanzieren und die Fed (die US-Notenbank, s. http://de.wikipedia.org/wiki/Federal_Reserve_System) ihr (derzeit sehr intensiv betriebenes) Quantitative Easing (vorübergehend) reduzieren kann. (Unter Quantitative Easing, d.h. Quantitativer Lockerung, wird die künstliche Vermehrung der umlaufenden Geldmenge durch Null-Zins-Kredite und das Aufkaufen von US-Staatsanleihen mit pausenlos neu gedruckten, eigentlich wertlosen Dollars verstanden, s. dazu auch http://de.wikipedia.org/wiki/Quantitative_Lockerung .)

Wenn die (US-)Wirtschaft weiter schwächelt, was wegen der tradierten politischen Ansichten zu erwarten ist, wird die Fed die Finanzierung des Haushaltsdefizits durch Quantitative Easing aber schon sehr bald wieder verstärkt fortsetzen müssen.

Die fortgesetzte Vermehrung der Geldmenge schwächt natürlich den Dollar. Auf längere Sicht werden Kapitalanleger US-Staatsanleihen verschmähen und sich aus dollarnotierten Anlagen zurückziehen, nicht weil sie mit dem Ausbleiben fälliger Zins- oder Rückzahlungen rechnen, sondern, weil sie einen Wertverlust des Dollars und ihrer dollarnotierten Wertpapiere fürchten müssen.

Wenn das neu gedruckte Geld in die Wirtschaft fließt, kann die ungehemmte Geldvermehrung zu einer hausgemachten Inflation führen, die als importierte Inflation auch auf Länder übergreift, die zu eng mit dem Dollar verflochten sind. Von dieser Entwicklung sind die USA noch weitgehend verschont geblieben, denn die Banken verleihen kaum noch Geld, weil die Verbraucher schon so hoch verschuldet sind, dass sie keine neuen Kredite mehr aufnehmen können. Aber durch den Wertverfall des Dollars haben sich die Preise für viele Importwaren erhöht. Bis jetzt hat sich die Inflation in den USA nur durch den sinkenden Tauschwert des Dollars bemerkbar gemacht. Es gibt jedoch kaum Zweifel daran, dass der inflationäre Wertverfall bei Staatsanleihen und Aktien auf die Geldpolitik der Fed zurückzuführen ist.

Wer aus dem Dollar fliehen will, muss in anderen Währungen investieren. Es gibt (zur Zeit) aber keine alternativen Währungen, die stark genug wären, um die (viel zu vielen) Dollars absorbieren zu können; China hat sich zu stark an den Dollar gebunden, und der Euro ist durch die Schuldenkrisen in Griechenland, Spanien, Irland, Portugal und Italien selbst unter Druck geraten. Die Dollarflucht hat den Goldpreis und den Wert des Schweizer Franken in die Höhe getrieben. Obwohl die Regierung der Schweiz immer mehr Franken druckt, um den Dollarzustrom zu absorbieren, nimmt der Wert des Franken ständig zu. Heute ist ein US-Dollar nur noch etwa 76 Rappen wert. 1966 hat man für einen Dollar noch 4,2 Schweizer Franken oder 420 Rappen erhalten.

Der hohe Wertzuwachs des Schweizer Franken wirkt sich sehr nachteilig auf den Export der Schweiz aus. Der durch die "wundersame" Dollarvermehrung verursachte Wertverlust des Dollars zwingt Staaten wie Japan und die Schweiz dazu, ihre eigenen Währungen zu inflationieren, um den Preisanstieg für ihre Exporte in Grenzen zu halten. Die Dollarpolitik der Fed hat den russischen Ministerpräsidenten Putin zu der Feststellung veranlasst, die

USA lebten als Parasit auf Kosten der übrigen Welt, und die Chinesen wollen, dass in Zukunft auch andere Staaten darüber mitbestimmen, wie viele Dollars gedruckt werden dürfen.

Mit anderen Worten, die US-Geldpolitik wirkt sich also auch sehr nachteilig auf andere Staaten aus – ohne jeden Nutzen für die USA.

Was ich erklärt habe, ist auch in den derzeit üblichen Denkweise nachvollziehbar. Auch den Anhängern dieser Denkweise ist durch das bei der Anhebung der Verschuldungsgrenze offenkundig gewordene Debakel klargeworden, dass die Politiker entweder die Sozialversicherung und die Gesundheitsfürsorge eliminieren oder die laufenden Kriege beenden und die Steuern für die Superreichen anheben müssen, wenn sie das jährlich wachsende Haushaltsdefizit beseitigen wollen, das den Tauschwert des Dollars immer kleiner und die Staatsverschuldung immer größer werden lässt.

Häufig passiert jedoch mehr, als sich mit der traditionellen Denkweise erkennen oder erklären lässt. Es ist allerdings immer eine Herausforderung, das Denken der Menschen in eine neue Richtung zu lenken. Wenn man es nicht trotzdem versucht, werden die Menschen niemals den Machtkampf durchschauen, der sich hinter den Kulissen abspielt.

Schon in seiner vor einem halben Jahrhundert gehaltenen Abschiedsrede warnte Präsident Eisenhower die US-Amerikaner vor der Bedrohung der Demokratie und der Kontrolle der Regierung durch das Volk, die von dem militärisch-industriellen Komplex ausgeht. Über Google kann jeder die Rede aufrufen und seine eindringliche Warnung nachlesen (s. <http://mcadams.posc.mu.edu/ike.htm>).

Abgelenkt durch den Kalten Krieg mit der Sowjetunion und eingelullt von der steigenden Wirtschaftskraft der USA, haben unglücklicherweise weder die US-Öffentlichkeit noch unsere Politiker der Warnung des Fünfsterne-Generals und Präsidenten die nötige Aufmerksamkeit geschenkt.

Im darauf folgenden halben Jahrhundert wurde der militärisch-sicherheitstechnische Komplex immer mächtiger. Sein Haupttrivale im Machtkampf war die Wall Street, die das Geld und die Finanzwirtschaft kontrolliert und ihre Interessen über die Wirtschaftspolitik durchsetzt. Mit der Deregulierung der Finanzwirtschaft, die während der Präsidentschaft Clintons begann, wurde die Wall Street allmächtig. Sie kontrolliert jetzt das (US-)Finanzministerium und die Fed (die US-Notenbank), und die Hebel des Geldes sind wirksamer als die Hebel der Rüstungsindustrie geworden. Außerdem ist die Wall Street im Intrigieren besser als die CIA.

Hinter den Kulissen findet ein Machtkampf zwischen diesen beiden starken Interessengruppen statt. Die Vorherrschaft der USA über die Welt wird nicht mehr mit militärischen, sondern mit finanziellen Mitteln gesichert. Der Versuch des militärisch-sicherheitstechnischen Komplexes (den Vorsprung der Wall Street) wieder aufzuholen, gefährdet den Dollar und die US-Finanzhegemonie.

Die USA führen seit einem Jahrzehnt Krieg, an dessen riesigen Kosten sich der militärisch-sicherheitstechnische Komplex bereichert hat. Die Profite der Wall Street waren sogar noch höher. Durch die Herausbildung eines Zustandes, den der Wirtschaftswissenschaftler Michael Hudson "Financialization of the Economy" (Finanzmarkt-Kapitalismus, s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Finanzmarkt-Kapitalismus>) nennt, hat sich der Finanzsektor aber übernommen. Die durch diverse "Finanzinstrumente" aufgetürmten Riesensummen übersteigen den Wert der Realwirtschaft, auf dem sie basieren, um ein Vielfaches. Wenn

finanzielle Forderungen den Wert der zu Grunde liegenden Realwirtschaft übertreffen, kommt es zu einer ausgeprägten Instabilität.

In Kenntnis dieses Dilemmas hat die Wall Street mit der von S&P vorgenommenen Herabstufung der US-Kreditwürdigkeit einen Warnschuss abgefeuert. Sie will, dass die Staatsausgaben gesenkt werden, und wenn nicht Millionen US-Amerikaner auf der Straße verhungern sollen, muss in einem Bereich gespart werden, auf den besonders viele Ausgaben entfallen – bei den Kriegskosten.

Die Ratingagenturen sind Geschöpfe der Wall Street. Nachdem sie auf Geheiß der Wall Street dem Derivaten-Müll beste Ratings bescheinigt haben, wurde jetzt auf Anweisung der Wall Street die Kreditwürdigkeit der USA herabgestuft. Offiziell wird die Wall Street die Herabstufung natürlich beklagen, das geschieht aber nur, um zu vertuschen, wer sie veranlasst hat.

Der Kampf zwischen dem militärisch-sicherheitstechnischen Komplex und dem Finanzsektor ist ein Kampf zugunsten der Nutznießer. Die Nutznießer des militärisch-sicherheitstechnischen Komplexes sind die Rüstungsindustrie und ihre Belegschaften, die Militärbasen und die Familien der Soldaten, die Vertragsfirmen der Streitkräfte, die privaten Sicherheitsunternehmen, die Geheimdienste, der Heimatschutz, die Bundes- und die Ortspolizei und die Journalisten, die für den Verteidigungssektor schreiben.

Zum Netzwerk der Wall Street gehören Kapitalanleger, Spekulanten, Menschen, die Kredite für Autos, zur Finanzierung ihres Studiums oder für ihre Geschäfte benötigen, Kreditkarten-Firmen, Immobilien-Besitzer, Versicherungsgesellschaften, Betreiber von Rentenfonds, Anlageberater und ihre Kunden und die Journalisten der Finanzpresse.

Weil sich der Finanzsektor übernommen hat und schrumpfen muss, versucht sich die Wall Street Zugriff auf öffentliche Fonds zu verschaffen, um ihre Verwendung kontrollieren und ihre Macht durch Einschränkung der finanziellen Spielräume ihres Gegenspielers (des militärisch-sicherheitstechnischen Komplexes) sichern zu können. Sie möchte die kostspieligen Kriege beenden, die staatlichen Fonds (der Sozialversicherung und der Gesundheitsfürsorge) privatisieren und die Rolle des Dollars als Reservewährung erhalten. Die Wall Street hat begriffen, dass mit der fortschreitenden Entwertung des Dollars auch ihre Macht schwindet.

Welche Erkenntnisse können wir aus dieser Analyse gewinnen?

Zunächst sollten wir begreifen, dass auch weiterhin wirtschaftspolitische Themen wie Arbeitslosigkeit, Inflation, Defizite und Staatsverschuldung die Diskussion bestimmen werden, dass es aber eigentlich nur um die Durchsetzung der Interessen der beiden konkurrierenden Machtzentren geht. Ihr Kampf um Überlegenheit könnte unseren Untergang herbeiführen.

Die Wall Street hat das Endspiel mit einer (ersten) Herabstufung der Kreditwürdigkeit eröffnet, der weitere folgen könnten, wenn sie nicht die erhoffte Wirkung hervorruft. Der neue Pentagonchef (Leon Panetta, s. http://de.wikipedia.org/wiki/Leon_Panetta) hat bereits mit der Kampfansage gekontert, dass jede Kürzung des US-Militärhaushaltes einen "Weltuntergangmechanismus" in Gang setzen könnte, "der unsere Sicherheit, unsere Soldaten und ihre Familien und die Fähigkeit unserer Streitkräfte, unsere Nation zu schützen, in inakzeptablem Ausmaß beeinträchtigen würde".

Wird die Angst der US-Amerikaner vor Terroristen so groß sein, dass sie ihre Ansprüche (auf soziale Sicherheit) aufgeben werden? Werden neue Terroranschläge unter falscher

Flagge inszeniert werden, um diese Angst zu schüren? Wird die Wall Street weitere Krisen provozieren, die als noch größere Bedrohung wahrgenommen werden?

Gibt es eine Bedrohung, vor der wir uns mehr schützen müssten als vor der Wall Street, dem militärisch-sicherheitstechnischen Komplex und unserer Regierung, die beider Werkzeug ist?

Dr. Paul Craig Roberts war stellvertretender Finanzminister in der Reagan-Regierung und Mitherausgeber und Kolumnist des Wall Street Journals.

(Wir haben die verblüffend schlüssige Roberts-Analyse komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



The Standard and Poor's (S&P) Debt Downgrade: What It Means – From AAA to AA+

By Dr. Paul Craig Roberts
August 8, 2011

On Friday, August 5, the credit rating agency, Standard & Poor's, downgraded US debt from AAA to AA+.

Gerald Celente's view that S&P's downgrade of the US Treasury's credit rating reflects a loss of confidence in the political system was confirmed by the rating agency itself. S&P explained the downgrade as the result of heightened political risks, not economic ones. The game of chicken over the debt ceiling increase and the GOP's ability to block tax increases indicate that "America's governance and policymaking is becoming less stable, less effective, and less predictable"

The reduction in the government's credit rating to AA+ from AAA is a cosmetic change. It remains a very high investment grade rating and is unlikely to have any effect on interest rates. It is revealing that despite the downgrade, US bond prices rose. It was stocks that fell. The financial press is blaming the stock market decline on the bond downgrade. However, stocks are falling because the economy is falling. Too many jobs have been moved offshore.

Interest rates could fall further as investors flee into Treasuries from the euro because of sovereign debt worries, flee equity markets as they continue to tumble, and as large banks charge depositors for holding their cash. Indeed, the latter policy could be seen as an effort to drive people with large cash holdings out of cash into government bonds. Japan has a lower credit rating than the US and has even lower interest rates.

More hard knocks are on their way. As the economy weakens and the economic outlook darkens, new deficit projections will elevate the debt issue.

The psychological effect of the S&P's downgrade is likely to be larger than its economic effect. Many will see the downgrade as an indication that America is beginning to slip, that the country might be entering its decline.

There is no danger of the US defaulting on its bonds. The bonds are denominated in US dollars, and dollars can be created without limit. Moreover, the problem with the debt is less with the size of the national debt, which remains a lower percentage of GDP than during World War II, than with the large annual budget deficits. If equities continue to fall, if flight continues from the euro, if bank fees drive people out of cash, it is possible that the inflows into Treasuries can finance, for awhile, the large annual deficit, removing the need for the Federal Reserve to monetize the deficit via Quantitative Easing.

On the other hand, the weakening economy, given traditional policy views, will likely lead to a renewal of debt monetization or QE in an effort to stimulate the economy.

Continued debt monetization threatens the dollar. Investors will move out of Treasuries and all dollar-denominated assets not because they fear default, but because they fear a fall in the dollar's exchange value and, thus, a fall in the value of their dollar holdings.

Debt monetization can cause domestic inflation (and imported inflation for those countries that peg to the dollar) as, and if, the new money finds its way into the economy. This has not happened to any extent so far in the US, because the banks are not lending and consumers are too indebted to borrow. But the fall in the dollar's exchange value results in higher prices of many imports. So far the inflation that the US is experiencing is coming from the declining exchange value of the dollar. However, there is little doubt that asset prices, such as those of Treasuries and stocks, have been inflated by the Fed's monetization of debt.

To flee from the dollar, there must be someplace to go. There are not alternative currencies large enough to absorb the dollars, especially with China pegged to the dollar and the euro experiencing troubles of its own because of the sovereign debt crisis in Greece, Spain, Ireland, Portugal, and Italy. Dollar flight has driven up the prices of bullion and Swiss francs. Despite the Swiss government printing francs to absorb the dollar inflow, the franc continues to rise in value. As of time of writing, one US dollar is worth only about 76 Swiss centimes or cents. In 1966 there were 4.2 Swiss francs to the dollar or 420 centimes to the dollar.

The rise in the franc is crippling Switzerland's ability to export. The loss in the dollar's exchange value from dollar creation causes other countries, such as Japan and Switzerland to inflate their own currencies in order to hold down their rise. The Fed's dollar policy has resulted in Russian leader Putin declaring the US to be a parasite upon the world and the Chinese to call for other countries to control how many dollars can be printed.

In other words, the US policy is seen as adversely impacting other countries without doing any good for America.

What I have explained can be comprehended within existing ways of thinking. Within this way of thinking, as the debt ceiling imbroglio made clear, the policy choices are between eliminating Social Security and Medicare or eliminating wars and low tax rates on the mega-rich in order to eliminate the annual budget deficits that are threatening the dollar's exchange value and enlarging the national debt.

However, it is often the case that more is going on than traditional thinking can know about or explain. It is always a challenge to get people's thinking into a new paradigm. Nevertheless, unless the effort is made, people might never comprehend the behind-the-scenes power struggle.

A half century ago President Eisenhower in his farewell address warned the American people of the danger posed to democracy and the people's control over their government by the military/security complex. Anyone can google his speech and read his stark warning.

Unfortunately, caught up in the Cold War with the Soviet Union and reassured by America's rising economic might, neither public nor politicians paid any attention to our five-star general president's warning.

In the succeeding half century the military/security complex became ever more powerful. The main power rival was Wall Street, which controls finance and money and is skilled at advancing its interests through economic policy arguments. With the financial deregulation that began during the Clinton presidency, Wall Street became all powerful. Wall Street controls the Treasury and the Federal Reserve, and the levers of money are more powerful than the levers of armaments. Moreover, Wall Street is better at intrigue than the CIA.

The behind the scenes fight for power is between these two powerful interest groups. America's hegemony over the world is financial, not military. The military/security complex's attempt to catch up is endangering the dollar and US financial hegemony.

The country has been at war for a decade, running up enormous bills that have enriched the military/security complex. Wall Street's profits ran even higher. However, by achieving what economist Michael Hudson calls the "financialization of the economy," the financial sector over-reached. The enormous sums represented by financial instruments are many times larger than the real economy on which they are based. When financial claims dwarf the size of the underlying real economy, massive instability is present.

Aware of its predicament, Wall Street has sent a shot across the bow with the S&P's downgrade of the US credit rating. Spending must be reined in, and the only obvious chunk of spending that can be cut without throwing millions of Americans into the streets is the wars.

Credit rating agencies are creatures of Wall Street. Just as they did Wall Street's bidding in assigning investment grade ratings to derivative junk, they will do Wall Street's bidding in downgrading the US credit rating. Wall Street might complain about downgradings, but that is just to disguise that Wall Street is calling the shots.

The struggle between the military/security complex and the financial sector comes down to a struggle over patronage. The military/security complex's patronage network is built upon armaments factories and workforces, military bases and military families, military contractors, private security firms, intelligence agencies, Homeland Security, federalized state and local police, and journalists who cover the defense sector.

Wall Street's network includes investors, speculators, people with mortgages, car, student, and business loans, credit cards, real estate, insurance companies, pension funds, money managers and their clients, and financial journalists.

As the financial sector has over-extended and must shrink, Wall Street is determined to have access to public funds to manage the process and determined to maintain its relative power by forcing shrinkage in its competitor's network. That means closing down the expensive wars in order to free up funds for entitlement privatization and to keep the dollar's role as reserve currency. Wall Street realizes that if the dollar goes, its power goes with it.

What insights can we draw from this analysis?

The insight that it offers is that although economic policy will continue to be discussed in terms of employment, inflation, deficits, and national debt, the policies that are implemented will reflect the interests of the two contending power centers. Their struggle for supremacy could destroy the rest of us.

Wall Street opened the game with a debt downgrade, implying more are to come unless action is taken. The new Pentagon chief replied that any cuts to the military budget would be a “doomsday mechanism” that “would do real damage to our security, our troops and their families and our military’s ability to protect the nation.”

Will Americans be so afraid of terrorists that they will give up their entitlements? Will false flag terrorist events be perpetrated in order to elevate this fear? Will Wall Street provoke crises that are perceived as a greater threat?

From whom do we need greater protection than from Wall Street and the military/security complex and from our government, which is the tool of both?

Dr. Paul Craig Roberts was Assistant Secretary of the Treasury in the Reagan administration and associate editor and columnist at the Wall Street Journal.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern